

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und
Beteiligungsausschusses
am 04.07.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Oberbürgermeister Clausen (Vorsitz)

SPD

Herr Bauer

Vertreter für Herrn Fortmeier

Herr Brücher

Vertreter für Herrn Lufen

Frau Gorsler

Herr Sternbacher

Frau Weißenfeld

ab 18.25 Uhr, TOP 5

CDU

Herr Helling

Herr Henrichsmeier

Herr Nettelstroth

Herr Rüter

Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler

Frau Keppler

Herr Rees

BfB

Frau Becker

FDP

Frau Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

Frau Schmidt

bis 19.20 Uhr

ab 19.20 Uhr, TOP 6

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Verwaltung:

Frau Erste Beigeordnete Ritschel
Herr Stadtkämmerer Kaschel
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus
Herr Beigeordneter Nürnberger
Frau Ley
Frau Bockermann
Frau Grewe
Herr Berens
Frau Schmiedeskamp
Frau Stude
Frau Grewel (Schriftführung)

Dezernat 3
Dezernat 1
Dezernat 2
Dezernat 5
Büro Oberbürgermeister
Presseamt / Statistikstelle
Integrationsbeauftragte
Amt für Finanzen und Beteiligungen
Amt für Finanzen und Beteiligungen
Büro des Rates
Büro des Rates

ab 18.45 Uhr, TOP 5

Gäste:

Frau Meier

WEGE

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Anwesenden und stellt die fristgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses fest. Im Besonderen begrüßt er Frau Meier, die Prokuristin der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH (WEGE) und Frau Grewe, die Integrationsbeauftragte der Stadt Bielefeld.

Unter den Tagesordnungspunkten 7-16 sind die Haushalts- und Stellenplanberatungen der Ämter vorgesehen. Herr Oberbürgermeister Clausen fragt, ob die Fachkompetenz der betroffenen Amtsleitungen für eine Diskussion gewünscht oder für die heutige Sitzung die erste Lesung beantragt werde. Die Vertreter der Gruppen und Fraktionen plädieren für eine erste Lesung.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften**Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 30.05.2018****Beschluss:**

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 35. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 30.05.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 07.06.2018**Beschluss:**

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 36. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 07.06.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Konversion - Rückgabe der Liegenschaften durch die britischen Streitkräfte - Wohnsiedlung Kölner Str. 39, 41 und 58-72 (gerade)

In Vertretung für Herrn Baudezernent Moss teilt Herr Stadtkämmerer Kaschel mit:

Am 22. Februar 2018 wurde die Stadt Bielefeld vorab von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) informiert, dass die Wohnsiedlung von den britischen Streitkräften im Bereich der Kölner Straße freigegeben und die Rückgabe an den Bund am 22.05.2018 erfolgen wird. Die anschließende Prüfung von Bundes- und sonstigen Anschlussbedarfen durch die BImA fiel negativ aus, so dass der Stadt Bielefeld mit Schreiben vom 13.06.2018 die Erstzugriffsoption entsprechend des Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 21.03.2012 angeboten wurde.

Die Wohnsiedlung besteht insgesamt aus 2 Mehrfamilienhäusern mit je 6 Wohneinheiten und 8 Einfamilien – Reihenhäusern mit Wohnflächen von rund 70 - 80 m² sowie einem Garagenhof (9 Garagen), einer 3er Garage und einer Einzelgarage.

Erstzugriffsoption

Im Rahmen der Erstzugriffsoption können Gebietskörperschaften sowie privatrechtliche Gesellschaften/Unternehmen, Stiftungen oder Anstalten, an denen die Gebietskörperschaften mehrheitlich beteiligt sind, Konversionsgrundstücke zum Verkehrswert ohne Bieterverfahren erwerben. Die Erstzugriffsoption steht dem jeweiligen Berechtigten zu, wenn der Erwerb unmittelbar der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dienen soll, zu der er gesetzlich verpflichtet ist oder die er auf der Grundlage der Kommunalverfassung des Landes wahrnimmt.

Zweckerklärung zur Wahrnehmung Erstzugriffsoption

Innerhalb eines Zeitraums von in der Regel 6 Monaten nach der offiziellen Rückgabeerklärung durch die BImA kann die Stadt Bielefeld schriftlich erklären, dass sie die Erstzugriffsoption wahrnehmen will und für welchen Zweck sie wahrgenommen werden soll (Zweckerklärung). Dazu gehört eine hinreichende Konkretisierung der planungsrechtlich zulässigen zivilen Nutzungen mit allen wesentlichen und für die Wertermittlung erforderlichen Daten, zum Beispiel durch ein Nachnutzungskonzept.

Verbilligungsrichtlinie

Im Rahmen der Erstzugriffsoption wird nach der aktuellen Verbilligungsrichtlinie (VerbR) mit Stand 25. November 2015 die Abgabe von Konversionsgrundstücken unterhalb des ermittelten Verkehrswertes zugelassen.

Wertgutachten

Nach Vorliegen der hinreichenden Konkretisierung der künftigen planungsrechtlich zulässigen Nutzung veranlasst die BlmA die Ermittlung des vollen Wertes im Sinne der Bundeshaushaltsordnung durch Wertgutachten eines unabhängigen Sachverständigen (d.h. eines Sachverständigen in der Regel der BlmA oder eines von der BlmA beauftragten Gutachters).

Das Ergebnis der Wertermittlung wird der Kommune schriftlich mitgeteilt. Bei Kapazitätsengpässen und einem erheblichen begründeten Dissens zwischen Käufer und BlmA über das Ergebnis der ersten Wertermittlung kann die BlmA auch externe Sachverständige beauftragen.

Die Kosten im Falle eines Dissenses sind von der BlmA und dem Käufer jeweils hälftig zu tragen.

Verkauf durch BlmA

Wird die Erstzugriffsoption von der Kommune nicht ausgeübt, werden die Gebäude einzeln auf dem Markt angeboten und an den Meistbietenden verkauft. Ein Paketverkauf ist nach Auskunft der BlmA durch eine neuere interne Weisung nicht mehr möglich.

Weiteres Vorgehen

Es ist vorgesehen, für die Wohnsiedlung Kölner Straße eine Bestandsaufnahme und -analyse extern zu beauftragen. Als Beispiel hierzu dient die bereits eingeleitete Vorgehensweise zum Wohnstandort Oldentruper Straße / Sperberstraße.

Demnach soll zur weiteren Perspektivklärung ein Entwicklungskonzept Aussagen treffen zu bedarfsgerechten, standort- und stadtteilverträglichen künftigen Nutzungen und Nutzern und zu sinnvollen städtebaulichen, baulichen und wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen.

Die Mitglieder des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3**Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4**Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 5**Bericht zur Lage der Bielefelder Wirtschaft**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6963/2014-2020

Frau Meier (WEGE) berichtet an Hand einer Computerpräsentation zur aktuellen Situation der Bielefelder Wirtschaft.

Anmerkung: Der Wirtschaftsbericht der WEGE und die Präsentation sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Oberbürgermeister dankt Frau Meier für den Vortrag und zieht eine positive Bilanz.

Auf die Frage von Herrn Weber (CDU), ob die erwähnte Arbeitslosenstatistik nur die Zahlen für die Stadt Bielefeld spiegeln oder den gesamten Agenturbereich betreffen, erläutert Frau Meier, dass im Wirtschaftsbericht nur die Arbeitslosenzahlen für Bielefeld dokumentiert werden.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) dankt Frau Meier für die Berichterstattung und resümiert, dass auch Bielefeld von der allgemein guten Konjunktur profitiere. Dennoch müsse aus ihrer Sicht die Suche nach geeigneten Gewerbeflächen intensiviert und der Glasfaserausbau forciert werden. Im Bericht vermisse sie die Benennung konkreter Wirtschaftsförderungsmaßnahmen.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis90/Die Grünen) dankt Frau Meier für den Bericht. An Frau Wahl-Schwentker gerichtet erläutert er die besondere Situation der Stadt Bielefeld als Oberzentrum in einem ländlichen Raum. Nach den Darstellungen im Wirtschaftsbericht resümiert er eine positive Entwicklung für Bielefeld und stellt folgende Fragen:

1. Könnte die weitere Entwicklung des Campus der Universität eine weitere Abwanderung akademischer Fachkräfte eindämmen?
2. Bedeutet die weitergehende Automatisierung im produzierenden Gewerbe einen geringeren Bedarf an Fachkräften?
3. Wie nutzen die Bielefelder Firmen die Angebote zur Founders Foundation/Pioneers Club?

An Frau Wahl-Schwentker gerichtet erläutert Frau Meier, dass die Benennung konkreter Maßnahmen einen gesonderten Bericht zur Aufgabenwahrnehmung der WEGE darstellen würde. In Bezug auf die Veränderungen und Entwicklungen der Wirtschaft und die sich daraus ergebenden Anforderungen sei die WEGE in einem ständigen Entwicklungsprozess. Aktuell sei für den Herbst 2018 die Befragung Bielefelder Unternehmen zu ihren Kernanliegen, der Zufriedenheit mit dem Service und Leistungswünschen an die WEGE vorgesehen. Dies werde dann auch Einfluss auf die Organisationsentwicklung und das Leistungsspektrum haben.

Der steigende Bedarf an akademischen Fachkräften sei bereits jetzt erkennbar und werde durch die fortschreitende Digitalisierung zunehmen. In diesem Kontext sei die Campuserweiterung eine notwendige Alternative für Bielefeld. Gleichzeitig sei zu berücksichtigen, dass die genannten Zahlen immer im Zusammenhang mit der vorhandenen Wirtschaftsstruktur der Stadt stünden.

Im produzierenden Gewerbe werde es durch die Automatisierung und die

Digitalisierung auch international kein Wachstum an Fachkräften wie in der Vergangenheit geben. Für die Bielefelder Wirtschaftsstruktur lägen die Zahlen im Normbereich, ohne Hinweise für die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen.

Frau Meier berichtet aus den vergangenen zwei Jahren, mit welchem Interesse besonders kleine und mittlere Unternehmen sich der Welt der digitalen Ökonomie und deren Geschäftsmodellen öffnen. Derzeit seien mehr als 60 Firmen Mitglied im Pioneers Club. Dort werde ihnen die notwendige Kompetenz zur Mitarbeiterqualifizierung und Innovationsunterstützung geboten. Die Bielefelder Unternehmen wie auch die gesamte Region seien wichtige Geschäftspartner für die Start Up`s. Dies stelle im Vergleich zu anderen Städten durchaus eine Besonderheit dar.

Herr Helling (CDU) wünscht eine grundsätzliche Diskussion zur Ausrichtung der Wirtschaftsförderung sowie der personellen Ausstattung der WEGE. Der eingeschlagene Weg sei bisher erfolgreich gewesen. Seine Fraktion sehe jedoch einen weiteren Handlungsbedarf, der auch die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel im Haushalt voraussetze. Im Aufsichtsrat der WEGE werde die inhaltliche Diskussion zur grundsätzlichen Ausrichtung nach Ansicht von Herrn Helling viel zu wenig thematisiert. Diese originäre Aufgabe sei in den letzten Jahren vernachlässigt worden.

Herr Sternbacher (SPD) interpretiert den vorgestellten Bericht als Zeichen einer guten Entwicklung, die gemeinsam auf den Weg gebracht worden sei. Dies befreie nicht von weiteren gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten. Zunächst gelte sein Dank aber der WEGE für die geleistete Arbeit.

Frau Becker (BfB) dankt für den Bericht und fordert, die WEGE in die Lage zu versetzen, auch zukünftig so positiv zu agieren.

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt einen Bericht zur Struktur und Arbeitsweise der WEGE in einer der folgenden Sitzungen des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses in Aussicht. Nach den bisherigen Wortbeiträgen habe er die Wahrnehmung, dass dies neben dem Bericht zur Bielefelder Wirtschaft ebenfalls von Interesse sei. An Herrn Helling gerichtet erinnert er daran, dass in Bezug auf die personelle Ausstattung im Stab von Herrn Beigeordneten Moss zwei zusätzliche Stellen zur Wirtschaftsförderung eingerichtet worden seien.

Herr Nettelstroth (CDU) begrüßt das Angebot und erläutert, dass es immer von Vorteil sei, in wirtschaftlich positiven Zeiten die Weichen für weitere Entwicklungen im Hinblick auf die Bielefelder Belage zu stellen.

Die Mitglieder des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses nehmen die Präsentation und den Bericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 6**Bericht zur Umsetzung des Konzeptes "Diversität, Partizipation und Integration"**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6531/2014-2020

Zu Beginn ihrer Ausführungen erinnert Frau Grewe daran, dass in den vergangenen drei Jahren die Fragen von Migration und Integration nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen diskutiert worden seien. Sie beginnt die Computerpräsentation daher zunächst mit einem Blick auf die verfügbaren Zahlen.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt Frau Grewe für die kompakte Darstellung des umfangreichen Berichts der Konzeptumsetzung.

Herr Rees (Bündnis90/Die Grünen) schließt sich dem Dank des Oberbürgermeisters an und geht im Besonderen auf die Funktion der Stadt Bielefeld als Beschäftigungsgeber für Menschen mit Migrationshintergrund ein. Er fragt, welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation Frau Grewe benennen könne. Zu Seite 108 des Berichtes fragt Herr Rees, wie die benannten Maßnahmen der Willkommenskultur bei der Ausländerbehörde wahrgenommen würden und ob es Überlegungen zur Verbesserung diskriminierungsfreier Arbeitszusammenhänge gebe.

Herr Weber (CDU) dankt für den Bericht und sieht den Schwerpunkt der Arbeit in der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik. Er sehe den Bericht als Bestätigung, mit den bisherigen Maßnahmen auf dem richtigen Weg zu sein und seine Fraktion werde dies auch in Zukunft konstruktiv kritisch begleiten.

Frau Grewe verweist auf die detaillierten Handlungsempfehlungen zur Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Stadt Bielefeld. Dies sei auch ein besonderes Anliegen des Integrationsrates, der in der Vergangenheit entsprechende Beschlüsse gefasst habe. Das Kommunale Integrationszentrum habe bereits Gespräche mit dem Personalamt vereinbart.

Zur Frage der Maßnahmen gegen Diskriminierung habe der Integrationsrat der Verwaltungsleitung Vorschläge unterbreitet.

Herr Nettelstroth (CDU) stellt angesichts des vorliegenden Konzeptes die Frage nach einer Überprüfung der benannten Maßnahmen in Bezug auf deren Effektivität. Zukünftig sei im Rahmen des Controllings zu prüfen, ob bestehende Maßnahmen ausgeweitet oder verändert werden können.

Frau Gorsler (SPD) dankt für die Präsentation und geht im Besonderen auf die vielfältigen Maßnahmen ein, die zielgerichtet Menschen, beispielsweise bei dem Übergang von der Schule in den Beruf, unterstützen. In Bezug auf die Wirtschaftsförderung stünden damit nicht nur die Unternehmen im Focus, sondern auch die Diversität ihrer Beschäftigten.

Frau Grewe antwortet Herrn Nettelstroth, dass zwei Instrumente im Hinblick auf die Überprüfung der Effektivität der Maßnahmen zu unterscheiden seien. Zum einen der Umsetzungsbericht, der sich auf die Maßnah-

men beziehe, die im Integrationskonzept benannt seien. Zum anderen das seit 2014 bestehende Integrationsmonitoring. Dieses Zahlenwerk werde derzeit aktualisiert und beziehe sich auf die Beteiligung in den zentralen Lebensbereichen. Daraus sei ein Einblick auf Entwicklungen, Beteiligungen und Fortschritte bezogen auf die Integration der zugewanderten Menschen zu gewinnen. Dieser Bericht solle in den kommenden Wochen vorgelegt werden.

Zur Willkommenskultur in der Ausländerbehörde sei auf ihre Rückfrage im Rahmen der Berichtserstellung von dort mitgeteilt worden, dass es einen Maßnahmenkatalog als Ergebnis einer Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung gebe, der die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, fördern solle. Bedingt durch die hohe Arbeitsbelastung in den vergangenen Jahren sei die Umsetzung etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Seitens der Ausländerbehörde solle die Implementierung dieser Maßnahmen jedoch weiter verfolgt werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen fragt, ob Frau Grewe einen Bereich benennen könne, der auffällig sei oder zukünftig einer besonderen Förderung bedürfe.

Frau Grewe benennt im Besonderen den Bereich der Personalpolitik. Bereits seit dem Jahr 2010 solle sowohl bei der Stadtverwaltung als auch bei den städtischen Tochterunternehmen darauf ein besonderer Focus gerichtet werden.

Herr Beigeordneter Nürnberger verweist auf die zu dieser Thematik bisher erzielten Ergebnisse und kündigt nach der Sommerpause einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen an. Daneben würden auch die Bereiche Arbeitsmarkt und Sprache sowie das Zusammenleben in den Stadtteilen in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt.

Herr Nettelstroth (CDU) macht deutlich, dass im Zusammenhang mit Integration die sprachliche Kompetenz zwingend erforderlich sei und auch entsprechend eingefordert werden müsse.

Herr Gugat (Bürgernähe/Piraten) pflichtet Herrn Nettelstroth bei und verweist auf vorliegende Studien, die für die erste Generation der Migrantinnen und Migranten eine Form der Sprachlosigkeit attestierten und ab der zweiten Generation den kompetenten Umgang mit der Landessprache feststellten.

Frau Grewe weist ergänzend darauf hin, dass bei der Betrachtung einzelner Migrationsverläufe die Sprachkurse im Ergebnis von fragwürdiger Qualität gewesen seien. Auch der Integrationsrat habe dieses Problem diskutiert und Anforderungen formuliert.

Die Mitglieder des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses nehmen die Präsentation und den Umsetzungsbericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 7 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Büro des Oberbürgermeisters und des Rates**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6955/2014-2020

Herr Helling (CDU) fragt nach der Produktgruppe 11.01.02 (Haus der Wissenschaft) und bittet um eine Erläuterung des Begriffes „Transferaufwendungen“ in diesem Kontext.

Herr Oberbürgermeister Clausen sagt eine Klärung bis zur folgenden Sitzung zu.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) fragt nach der Höhe der Einsparungen aus der Zusammenlegung der Bereiche Büro Oberbürgermeister und Büro des Rates.

Herr Oberbürgermeister Clausen antwortet, dass es sich um eine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme im Umfang von 30.000,00 Euro handele.

Auf Nachfrage von Frau Wahl-Schwentker, ob dies einer ganzen Stelle entspreche, erläutert Herr Stadtkämmerer Kaschel den Betrag als Ergebnis der nun niedrigeren Stellenbewertung.

1. Lesung

Zu Punkt 8 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für die Gleichstellungsstelle**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6734/2014-2020

Es gibt keine Anmerkungen.

1. Lesung

Zu Punkt 9 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Presseamt/Statistikstelle**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6814/2014-2020

Es gibt keine Anmerkungen.

1. Lesung

Zu Punkt 10 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Rechnungsprüfungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6745/2014-2020

Frau Wahl-Schwentker (FDP) bezweifelt die Sinnhaftigkeit der Stelleneinsparung. Sie regt an, eine jährliche Auflistung der neu hinzugekommenen sowie der weggefallenen Stellen zu erstellen und zu veröffentlichen, um ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern die strategischen Planungen zu erleichtern.

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass die Stelleneinsparung im Rechnungsprüfungsamt eine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme aus dem Jahr 2016 sei, die bedingt durch die Personalfluktuations erst im Jahr 2019 zur Umsetzung komme. Vergleichbare Stelleneinsparungen in anderen Bereichen seien überwiegend bereits in den vergangenen Jahren umgesetzt worden.

Darüber hinaus liege für die abschließende Ratsentscheidung der Stellenplan mit einer entsprechenden Übersicht vor, der grundsätzlich ausführlich im Finanz- und Personalausschuss diskutiert werde.

Frau Becker (BfB) bittet um eine Erklärung zur Fortsetzung des überplanmäßigen Personaleinsatzes im Rechnungsprüfungsamt bei gleichzeitigem Stellenwegfall.

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass es sich dabei um eine personalwirtschaftliche Maßnahme handele, die über zwei Jahre erfolgen dürfe und im Jahr 2019 fortgesetzt werde.

1. Lesung

Zu Punkt 11 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Kommunale Integrationszentrum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6924/2014-2020

Es gibt keine Anmerkungen.

1. Lesung

Zu Punkt 12 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Rechtsamt und den Bürgerausschuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6844/2014-2020

Die Frage von Herrn Gugat nach den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 6.820,00 Euro bei der Produktgruppe 11.01.63 (Bürgerausschuss) wird mit dem Hinweis auf die Sach- und Personalkosten für die Sitzungen beantwortet.

1. Lesung

Zu Punkt 13 **Haushaltsplan 2019 ff. für die Produktgruppen des Bereiches Konzerncontrolling**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6794/2014-2020

Es gibt keine Anmerkungen.

1. Lesung

Zu Punkt 14 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Bürgeramt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6779/2014-2020

Es gibt keine Anmerkungen.

1. Lesung

Zu Punkt 15 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Ordnungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6948/2014-2020

Es gibt keine Anmerkungen.

1. Lesung

Zu Punkt 16 **Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Feuerwehramt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6872/2014-2020

Es gibt keine Anmerkungen.

1. Lesung

Zu Punkt 17 **Städtebauförderprogramm "Investitionspakt Soziale Integration im Quartier NRW 2018" hier: Projektanmeldungen der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6934/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Bielefeld bewirbt sich mit den Projekten „Stadtteilzentrum Oberlohmannshof“ und „Stadtteilzentrum Windflöte“ im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier NRW“.
2. Das Projekt „Stadtteilzentrum Oberlohmannshof“ soll dabei erste Priorität haben.

- einstimmig beschlossen -

Oberbürgermeister Clausen
(Vorsitz)

Grewel
(Schriftführung)